

Datenschutzhinweise

Nachfolgend informieren wir Sie als unseren Mandanten (Teil A) bzw. als Verfahrensbeteiligten (Teil B) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte (Teil C). Welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen konkret verarbeiten, ergibt sich aus der jeweiligen Geschäftsbeziehung.

Datenschutz ist uns wichtig! Deshalb erheben und verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten immer nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

Hinsichtlich der Erhebung personenbezogener Daten bei Nutzung unserer Website sowie der auf dieser zur Verfügung gestellten Funktionen verweisen wir auf unsere gesonderte Datenschutzerklärung, abzurufen unter: <https://www.steinundpartner.de/datenschutz/>.

Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des Datenschutzbeauftragten

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die uns im Zusammenhang mit der Bearbeitung der jeweiligen Angelegenheit/en bekannt werden ist:

STEIN & PARTNER Rechtsanwälte mbB
 vertr. d. d. geschäftsführenden Partner
 Maria Rast
 Bischof-Hemmerle-Weg 9
 52076 Aachen

Email: kontakt@steinundpartner.de
 Telefon: +49 241 51055 0
 Fax: +49 241 51055 260

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte von STEIN & PARTNER ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Herrn Rechtsanwalt Sebastian Hinze, LL.M., beziehungsweise unter datenschutz@steinundpartner.de erreichbar.

Teil A

1. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

- a. Wir erheben Ihre Daten grundsätzlich direkt bei Ihnen. Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir insbesondere folgende Informationen:
- I. Anrede, Vorname, Nachname, Titel,
 - II. eine gültige E-Mail-Adresse,
 - III. Anschrift,
 - IV. Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk),
 - V. Faxnummer
 - VI. Bankverbindung
 - VII. Daten zur Rechtsschutzversicherung
 - VIII. Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind.
- b. Die Erhebung dieser Daten erfolgt,
- I. um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
 - II. um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
 - III. zur Korrespondenz mit Ihnen;
 - IV. zur Rechnungsstellung;
 - V. zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.
- c. Zum anderen verarbeiten wir ggf. auch personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Handels- und Vereinsregister, Internet, weitere Medien etc.) zulässigerweise gewonnen haben und verarbeiten dürfen.
- d. Wir erheben und verarbeiten Ihre Daten gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der EU-Datenschutz-

Grundverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sowie weiterer gesetzlicher Grundlagen (wie z. B. dem Telemediengesetz (TMG) im Bereich der elektronischen Kommunikation) für folgende Zwecke:

- I. zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten aus dem Mandatsvertrag (Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO)
- II. im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Beispiele:

- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunfteien (z. B. SCHUFA zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken und aktuellen Adressen)
- Gewährleistung der IT-Sicherheit
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten

- III. aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO).

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Weitergabe von Daten an Sachverständige) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden.

Bitte beachten Sie, dass ein Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

- IV. aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO) oder im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO).

Zudem unterliegen wir diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Steuergesetze, UWG u. a.). Zu den Zwecken der Verarbeitung können unter anderem Betrugs- und Geldwäscheprävention gehören, ebenso wie die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten, die Bewertung und Steuerung von Risiken sowie die Auskunftserteilung an Behörden.

2. Verpflichtung zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme, Begründung, Durchführung und gegebenenfalls Beendigung des Mandatsverhältnisses erforderlich sind. Bei Nichtangabe dieser personenbezogenen Daten werden wir den Abschluss des Mandatsvertrages oder die Ausführung des Mandatsauftrages leider ablehnen müssen oder einen bestehenden Mandatsvertrag nicht mehr durchführen können und nötigenfalls beenden müssen.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Innerhalb unserer Kanzlei erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der o. g. Zwecke, insbesondere unserer vertraglichen Pflichten, benötigen. Um unsere vertraglichen Leistungen zu erbringen, bedienen wir uns ausgewählter Dienstleister (Auftragsverarbeiter, Art. 28 DS-GVO) und Erfüllungsgehilfen, die im jeweils erforderlichen Umfang Zugriff auf Ihre Daten erhalten können und diese für die Erfüllung der von uns erteilten Aufträge verwenden. Dies sind Unternehmen z. B. in den Kategorien IT-Dienstleistungen und Telekommunikation. Sämtliche von uns beauftragten Dienstleistungsunternehmen werden vor Auftragsvergabe auf Ihre Datenschutzstandards überprüft und auf

die Einhaltung der gesetzlichen Datenschutzvorgaben verpflichtet. Eine Datenweitergabe an Empfänger außerhalb der Kanzlei erfolgt nur, wenn dies zur Erfüllung des Mandatsvertrages erforderlich ist, gesetzliche Bestimmungen dies gebieten oder erlauben oder Sie eingewilligt haben.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem jeweiligen Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) findet grundsätzlich nicht statt. Sofern im konkreten Einzelfall eine Datenübermittlung erfolgen soll, werden wir Sie hierüber zuvor gesondert informieren.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Löschfristen

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-GVO eingewilligt haben.

Teil B

1. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wir erheben die von Ihnen insbesondere per Post, E-Mail, Fax, beA oder telefonisch mitgeteilten Informationen, die zur Klärung der jeweiligen Angelegenheit/en bzw. Erfüllung des Mandatsvertrages notwendig sind. Dies sind insbesondere Ihre Kontaktdaten sowie etwaige Angaben zu Ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt

- a) zur Korrespondenz mit Ihnen;
- b) zur Aufklärung der Sach- und Rechtslage in Angelegenheiten mit Ihrer Beteiligung,
- c) um unsere Mandantschaft auch unter Berücksichtigung Ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, einschließlich Bonitätsprüfung Ihrer Person angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können,
- d) zur Geltendmachung und Ausübung von Rechtsansprüchen unserer Mandantschaft bzw. zur Abwehr von gegenüber unserer Mandantschaft geltend gemachten Rechtsansprüchen

Die Datenverarbeitung erfolgt nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO zu den genannten Zwecken und ist für die angemessene Bearbeitung der jeweiligen Angelegenheit/en bzw. Erfüllung des Mandatsvertrages erforderlich. Unsere Mandantschaft hat insbesondere ein berechtigtes Interesse daran, ihre bestehenden Rechtsansprüche – ggfls. auch gerichtlich – geltend zu machen.

2. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte zu anderen als den nachfolgend aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO für die ordnungsgemäße Bearbeitung der Angelegenheit/en bzw. Erfüllung des Mandatsvertrages erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen

Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen unserer Mandantschaft. Im Einzelfall kann es zudem erforderlich werden, dass wir Ihre Daten zum Zwecke der Bonitätsprüfung an Ditte (derzeit Creditreform Aachen Paul Raab KG, Charlottenburger Allee 27, 52068 Aachen) übermitteln. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem jeweiligen Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) findet grundsätzlich nicht statt. Sofern im konkreten Einzelfall eine Datenübermittlung erfolgen soll, werden wir Sie hierüber zuvor gesondert informieren.

3. Verpflichtung zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten

Sie sind nicht verpflichtet, personenbezogene Daten von sich bereitzustellen. Unsere Mandantschaft ist im Falle der Nichtbereitstellung der unter Ziff. 1 genannten personenbezogenen Daten jedoch möglicherweise nicht in der Lage, die Angelegenheit/en auch unter Berücksichtigung Ihrer Interessen, insbesondere Ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse angemessen tatsächlich und rechtlich zu würdigen.

4. Löschfristen

Die im Rahmen der Bearbeitung der Angelegenheit/en von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Rechtsanwälte (§ 50 Abs. 1 S. 2 und 3 BRAO) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, UStG oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet bzw. zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der berechtigten Interessen unserer Mandantschaft befugt sind.

Teil C

1. Betroffenenrechte

Sie haben grundsätzlich das Recht

- Gemäß Art. 7 Abs. 3 DS-GVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.

- gemäß Art. 15 DS-GVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen.

Soweit Sie nicht unser/e Mandant/in sind, beachten Sie bitte:

Als Rechtsanwaltskanzlei sind wir weder während der Bearbeitung der Angelegenheit/en noch nach deren Abschluss dazu verpflichtet, Ihnen gegenüber Auskunft zu erteilen. Ein Auskunftsrecht hinsichtlich der Daten, die uns bei Bearbeitung der Angelegenheit/en bzw. der Erfüllung des Mandatsvertrages bekannt geworden sind, besteht nicht, da diese umfassend der anwaltlichen Schweigepflicht unterliegen (vgl. § 29 Abs. 1 S 2 BDSG i. V. m. § 43a Abs. 2 BRAO).

- gemäß Art. 16 DS-GVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen.
Bitte beachten Sie:

Wir sind fortlaufend darum bemüht, die Richtigkeit und Vollständigkeit Ihrer personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Sollten Ihre bei uns gespeicherten Daten (z B durch Umzug oder Namensänderung) unrichtig oder unvollständig sein, so möchten wir Sie bitten, uns dies mitzuteilen, damit wir Ihre Daten unverzüglich berichtigen können.

- gemäß Art. 17 DS-GVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Soweit Sie nicht unser/e Mandant/in sind, beachten Sie bitte:

Wir sind weder verpflichtet noch berechtigt, Ihre personenbezogenen Daten während der Bearbeitung der Angelegenheit/en bzw. Erfüllung des Mandatsvertrages zu löschen, da Ihre Daten zu diesem Zeitpunkt zur Geltendmachung und Ausübung von Rechtsansprüchen unserer Mandantschaft bzw. zur Abwehr von gegenüber unserer Mandantschaft geltend gemachten Rechtsansprüchen notwendig sind (vgl. Art. 17 Abs. 1 lit. a DS-GVO) Entsprechendes gilt für die unter Teil B Ziff. 4 genannten Zeiträume auch nach Abschluss der Angelegenheit/en (vgl. Art. 17 Abs. 3 lit. b DS-GVO).

- gemäß Art. 18 DS-GVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

Soweit Sie nicht unser/e Mandant/in sind, beachten Sie bitte:

Auch bei einer geltend gemachten Einschränkung der Verarbeitung dürfen wir die Angelegenheit/en weiterhin bearbeiten bzw. den Mandatsvertrag erfüllen, da Ihre personenbezogenen Daten zur Geltendmachung und Ausübung von Rechtsansprüchen unserer Mandantschaft bzw. zur Abwehr von gegenüber unserer Mandantschaft geltend gemachten Rechtsansprüchen und damit auch zum Schutz deren Rechte verarbeitet werden (vgl. Art 18 Abs. 2 DSGVO)

- gemäß Art. 20 DS-GVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen.
- gemäß Art. 77 DS-GVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder -Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

2. Widerspruchsrecht

- Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Absatz 1 lit. e DS-GVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Art. 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.
- Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Soweit Sie nicht unser/e Mandant/in sind, beachten Sie bitte:

Auch bei einer Geltendmachung eines Widerspruchs dürfen wir die Angelegenheit/en weiterhin bearbeiten bzw. den Mandatsvertrag erfüllen, da Ihre personenbezogenen Daten zur Geltendmachung und Ausübung von Rechtsansprüchen unserer Mandantschaft bzw. zur Abwehr von gegenüber unserer Mandantschaft geltend gemachten Rechtsansprüchen und damit auch zum Schutz deren

Rechte verarbeitet werden (vgl. Art. 21 Abs. 1 S. 2 DSGVO)

- In Einzelfällen verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, um Sie mittels Mandantenrundbriefen auf aktuelle Gesetzesänderungen und Rechtsprechung sowie auf Veranstaltungen in unserem Hause aufmerksam zu machen. Sie haben das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Informationen einzulegen.
- Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke nach lit. c, so werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.
- Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an datenschutz@steinundpartner.de.